**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Jugend und Soziales	Datum 11.11.2008
	Schriftführung Telefon-Nr. Hans-Jörg Fedder 02202/14-2865
Niederschrift	
Sozialausschuss	Sitzung am Mittwoch, 15. Oktober 2008
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 19:18 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigelegtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkte	
Inhalt	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
Seite A 3
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
Seite A 3
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 11.06.2008 - öffentlicher Teil**
575/2008 *Seite A 3*
- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden** *Seite A 3*
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
hier: Beantwortung der Anfrage von Herrn Dr. Bernhauser aus der Sitzung des Sozialausschusses am 11.06.2008
576/2008 *Seite A 4*
- 6. Bericht über die Einrichtung einer Demenzwohngruppe durch die Caritas**
585/2008 *Seite A 4*

7. **Vortrag über aktuelle Entwicklungen der Geschäftspolitik der K - A - S Rhein-Berg**
577/2008 *Seite A 6*
 8. **Erster Sachstandsbericht Integrationskonzept**
581/2008 *Seite A 8*
 9. **Änderung in der Besetzung des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen**
598/2008 *Seite A 11*
 10. **Anfragen der Ausschussmitglieder - öffentlicher Teil** *Seite A 11*
-

- B** **Nichtöffentlicher Teil** *Seite B 1*
1. **Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - nichtöffentlicher Teil -**
 2. **Mitteilungen der Vorsitzenden**
 3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
 4. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, Frau Schöttler-Fuchs, eröffnet die 15. Sitzung des Sozialausschusses in der siebten Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie verweist darauf, dass sich folgende Ausschussmitglieder entschuldigt haben:

- Herr Bierganns (BfBB-Fraktion) wird von Frau Binzberger vertreten.
- Herr Möller und Frau Stöcker (Seniorenbeirat) haben sich beide entschuldigt.

Herr Dr. Bernhauser teilt mit, dass aus der CDU-Fraktion

- Frau Holtzmann von Frau Lehnert und
- Herr Pick von Herrn Dr. Kassner vertreten wird.
- Frau Münzer ist ebenfalls entschuldigt.

Frau Schöttler-Fuchs ergänzt, dass Herr Schmidt (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) Herrn Schnöring vertritt.

Außerdem begrüßt Frau Schöttler-Fuchs Herrn Köchling von der Caritas sowie die Herren Schulte und Breidenbach von der K – A – S.

2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird genehmigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 11.06.2008 - öffentlicher Teil

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4 Mitteilungen der Vorsitzenden

Frau Schöttler-Fuchs berichtet, ihr sei ein Schreiben einer Heilpädagogin zugegangen, die sich um ein Freizeitangebot für geistig behinderte Menschen kümmert. Dieses Schreiben wird in Kopie auf die Tische verteilt. Frau Schöttler-Fuchs begrüßt, dass der Sozialausschuss bereits im Vorfeld über dieses Angebot informiert wird. *(Das Schreiben ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.)*

5

Mitteilungen des Bürgermeisters

hier: Beantwortung der Anfrage von Herrn Dr. Bernhauser aus der Sitzung des Sozialausschusses am 11.06.2008

Herr Dr. Bernhauser bedankt sich für die vorgelegte Antwort auf seine Frage zur Sozialberatung in Kombination mit der Tafel. Herr Dekker habe ihm mitgeteilt, dass der angekündigte Flyer in der nächsten Sitzung verteilt würde. Es sei sinnvoll, bei der Tafel einen Sozialratgeber zu verteilen.

Die Räumlichkeiten der Tafel seien besonders an Ausgabtagen beengt. Herr Dr. Bernhauser bittet um Prüfung, ob die Tafel samstags in die Suchtberatung des Caritasverbandes ausweichen könne, die der Tafel gegenüber untergebracht sei.

Herr Hastrich sagt zu, dieser Anregung nachzugehen und im nächsten Ausschuss zu berichten.

Frau Schöttler-Fuchs sieht in der Anfrage aus der letzten Sitzung einen guten Schritt.

6

Bericht über die Einrichtung einer Demenzwohngruppe durch die Caritas

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich bei Herrn Köchling für sein Angebot, zu diesem Thema vorzutragen. Die Problematik werde den Sozialausschuss auch in den nächsten Jahren beschäftigen. Frau Schöttler-Fuchs lobt das Projekt und das Engagement der Caritas.

Herr Köchling trägt anhand einer Powerpointpräsentation vor. *(Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.)*

Auf Anfrage Frau Schreibers (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erklärt Herr Köchling, Absicht sei, dass die Mieter bis zu ihrem Tod in der Gemeinschaft verbleiben können. Dies schließe aber nicht aus, dass die Wohngemeinschaft bzw. die Caritas im Einzelfall überfordert ist.

Frau Schu (CDU-Fraktion) verweist auf einen Fernsehbericht über ein ähnliches Projekt in Norddeutschland. Demenzerkrankungen gebe es in unterschiedlichen Stufen.

Frau Vollmer (FDP-Fraktion) verweist darauf, dass für Pflegestufe 3 qualifiziertes Personal, z. B. Krankenschwestern, benötigt würde.

Herr Köchling erklärt auf Fragen Frau Schus, Frau Vollmers und Frau Winkels' (SPD-Fraktion), trotz der Tatsache, dass es für das Vorhaben keine Personalverordnung gibt, werde ausreichend Personal vorgehalten.

Bei Demenzerkrankungen würden von der Stellung der Diagnose bis zum Tode durchschnittlich zehn Jahre vergehen. Die ersten Symptome seien leicht in gemeinschaftliche Zusammenhänge integrierbar. Dies werde von Jahr zu Jahr schwieriger. Herr Köchling hält es für höchstwahrscheinlich nicht leistbar, dass alle Mieter Pflegestufe 3 haben. Pflegestufe 3 bedeutet, dass die Mieter zum großen Teil bettlägerig sind. Problematischer sei die Erkrankung in Pflegestufe 2, da die Erkrankten in dieser Zeit einen enormen Bewegungsdrang entwickeln. Die Planung der Wohngruppe sei so angelegt, dass die Mieter immer durch den Kommunikationsbereich gehen müssen. Der Bereich „Wohnen und Essen“ ist als Rundlauf geplant.

Die Belegung sei so beabsichtigt, dass sich die Erkrankten zu etwa je 1/3 auf die Pfl-

gestufen verteilen. Die Belegung werde entsprechend geplant; dabei werde auch berücksichtigt, dass die Mieter zueinander passen.

Selbstverständlich treffen die Regeln des Pflegedienstes auch für die Wohngruppe zu. Die fachgerechte Versorgung wird von der Caritas in der Wohngruppe durch Fachkräfte gewährleistet. Es werden aber nicht nur Fachkräfte, sondern auch eine Aufsicht z. B. bei der Begleitung von Mietern benötigt.

Das ganze Gelände ist umzäunt. Diese Umzäunung war wegen der Lage an der Bundesstraße schon für die Nutzung des Geländes als Kindergarten erforderlich. Das Grundstück sei offen. Die Einrichtung eines Sinnesgartens ist beabsichtigt, wenn dafür Stifter gewonnen werden können. Es werden 400 m² Gemeinschaftsfläche zur Verfügung stehen. Dazu gehört auch eine Mitmachküche. Beabsichtigt sei die ganztägige Einbindung der Mieter in Tätigkeiten, die sie von früher kennen. Die ganztägige Beschäftigung führe erfahrungsgemäß dazu, dass ungefähr 50% weniger pharmazeutische Mittel verabreicht werden müssen.

Frau Eberhardt (Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen) berichtet, dass Demenzerkrankte stark sturzgefährdet sind und u. U. nachts länger liegen. Auf ihre Anfrage erklärt Herr Köchling, dass Demenzerkrankte häufig eine Verschiebung des Tag-Nacht-Rhythmus haben. Dadurch müssen nachts ähnliche Präsenzzeiten organisiert werden wie tagsüber. Ergänzend zum Mitarbeiterstamm werden aber auch Zivildienstleistende und Mitarbeiter im freiwilligen sozialen Jahr eingesetzt. Beabsichtigt ist, dass in der Wohngruppe 12 oder 13 Mitarbeiter arbeiten.

Herr Dr. Kassner verweist auf Kosten ungefähr zwischen 2.200 und 3.200 € je nach Pflegestufe. Ohne die vergleichbaren Heimkosten zu kennen erinnert Herr Dr. Kassner an den Vortrag, wonach es sich bei der beabsichtigten Einrichtung nicht um ein Heim handelt. Er vermutet, dass Heime deutlich teurer sind als Wohngruppen.

Herr Dr. Kassner geht davon aus, dass der Vermieter nicht Eigentümer ist. In diesem Zusammenhang geht er darauf ein, dass der Vermieter als GmbH zur Erzielung von Gewinnen verpflichtet ist.

Auf dem Grundstück, das vordem als Kindergarten genutzt wurde, würden gebundene Mittel für die Jugendhilfe in Höhe von knapp 93.000,-€ lasten. Diese Mittel müssten umgewidmet werden. Er spricht sich für eine Einbeziehung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses aus.

Dazu erklärt Herr Köchling, dass es sich beim Vermieter um eine gemeinnützige GmbH handelt, die nicht auf Gewinnerzielung gerichtet ist. Die Miete wurde so berechnet, dass sie bei einer 100%igen Belegung kostendeckend ist. Insofern bestehe bei der Miete kein Handlungsspielraum. Für eine Anmietung ist ein Wohnberechtigungsschein erforderlich, weil das Gebäude von der Caritas als Eigentümer mit öffentlichen Mitteln umgebaut wird.

Die GmbH ist Generalmieter des gesamten Hauses. Diese Konstruktion wurde mit der Heimaufsicht abgesprochen.

Herr Mumdey hält es für unproblematisch, für die nächste Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses eine Vorlage zu fertigen.

Herr Hastrich verweist darauf, dass der Jugendhilfeausschuss bereits in seiner letzten Sitzung informiert wurde.

Auf Anfrage von Herrn Dr. Arndt erklärt Herr Köchling, dass die Baugenehmigung gerade erteilt wurde und er von einer circa viermonatigen Bauzeit ausgehe. Beabsichtigt sei ein Bezug im Frühjahr. Die entstehenden 14 Plätze können den entstehenden

Bedarf nicht decken. Es würden aber immer neue Einrichtungen auch in Bergisch Gladbach entstehen. Vom vorliegenden Modell zu unterscheiden sind Hausgemeinschaften, die nach einem ähnlichen pädagogischen Konzept arbeiten wie Wohngemeinschaften, rechtlich aber Heime sind. Erweise sich die Wohngemeinschaft als erfolgreich, werde das Konzept an verschiedenen anderen Stellen umgesetzt.

Herr Dr. Bernhauser äußert die Vermutung, dass die meisten Mieter die Kosten nicht selbst aufbringen können. Er möchte wissen, ob es Verträge mit der Stadt hinsichtlich der Refinanzierung über SGB XII gibt. Für ihn sei die Lebensqualität der Bewohner wichtig. Wenn in einer Wohngemeinschaft mehr Aktivitäten geboten und die Ressourcen der Bewohner besser aktiviert werden können als im Heim, bedeute dies für viele Menschen eine bessere Lebensqualität.

Herr Köchling erklärt, mit dem Kreis sei geklärt, dass Mieter mit nicht ausreichendem Einkommen zusätzlich alimentiert werden. Die Mieter müssen Miete, Betreuung und Selbstbehalt, also etwas mehr als 1.600,- €, selbst aufbringen. Da viele Mieter dies nicht können werden, sei die Abstimmung mit dem Kreis erfolgt.

Frau Eberhardt weist auf einen Termin mit Minister Laumann in Düsseldorf hin, bei dem ein Forschungsprojekt „Behindertengerechtes Wohnen“ vorgestellt wurde. Im Ergebnis wurde für sinnvoll befunden, alle Kosten aus einer Hand zu finanzieren. Heime sollen zugunsten von Wohnmodellen wie ambulantem Wohnen reduziert werden. Diese Modelle seien auch nicht immer teurer.

Herr Galley (SPD-Fraktion) vermutet, dass der Bedarf an Plätzen in Wohngemeinschaften sehr groß ist. Er fragt nach Auswahlkriterien über die angesprochene Drittelung nach Pflegestufen hinaus.

Dies wird von Herrn Köchling verneint. Die Mieter sollten zueinander passen. Um dies herauszufinden, werde z. B. das Probewohnen angeboten. Wichtig sei, bei den pflegenden Familienangehörigen Vertrauen für dieses neue Modell zu gewinnen.

Frau Schu verweist auf Angebote des Progymnasiums an Wohnungen für Behinderte. Sie möchte wissen, ob hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit Erkenntnisse des Progymnasiums genutzt werden können.

Herr Köchling ist der Auffassung, beides könne nicht miteinander verglichen werden.

Frau Schöttler-Fuchs begrüßt nochmals das vorgestellte Projekt.

7 Vortrag über aktuelle Entwicklungen der Geschäftspolitik der K - A - S Rhein-Berg

Frau Schöttler-Fuchs begrüßt Herrn Schulte (Geschäftsführer) und Herrn Breidenbach (Stellvertretender Geschäftsführer) von der K-A-S.

Herr Schulte bedankt sich für die Einladung und trägt anhand einer Powerpointpräsentation vor. *(Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.)*

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich unter Beifall des Ausschusses für den Vortrag.

Herr Galley erinnert an die Ausführungen zu den Gruppen, die nach ihrer Nähe zum Arbeitsmarkt aufgeschlüsselt wurden. Er möchte wissen, was sich hinter der Gruppe

verberge, die voll integriert sei und die keine weiteren Maßnahmen erfordert. Außerdem möchte Herr Galley wissen, ob die Gewährung eines Personalkostenzuschusses ein Befristungsgrund für die Einstellung durch einen Arbeitgeber ist. Schließlich fragt er nach der Höhe des Stundenlohns bei den Arbeitsgelegenheiten.

Herr Schmidt (Bündnis 90/Die Grünen) bittet darum, die Präsentation der Niederschrift beizufügen. Wenn diese Menschen es nicht schaffen, innerhalb kurzer Zeit eine neue Stelle zu finden, werde es für sie sehr schwierig.

Herr Dr. Bernhauser (CDU-Fraktion) interessiert sich für eine weitere Differenzierung bezogen auf die einzelnen Stadtteile. Diese Angaben wären für die Erstellung eines Sozialberichtes sehr hilfreich, um gezielte stadtteilorientierte Maßnahmen starten zu können.

Zu den Fragen der Herren Galley, Schmidt und Dr. Bernhauser erklärt Herr Schulte, bei der von Herrn Galley angesprochenen Gruppe der nicht aktivierungsbedürftigen Hilfeempfänger handele es sich überwiegend um solche, bei denen stichtagsbezogen noch bestimmte Fragen zu klären seien.

Aufgrund der Gewährung eines Personalkostenzuschusses jemanden nur befristet zu beschäftigen sei arbeitsrechtlich zulässig. Politische Absicht war, den Lohnkostenzuschuss im Rahmen des Beschäftigungszuschusses „Jobperspektive“ als dauerhafte Finanzierungsmöglichkeit einzusetzen. Es solle geprüft werden, mit steigendem Leistungsvolumen des Beschäftigten den Zuschuss zu senken. Insgesamt könne der Zuschuss auch länger als zwei Jahre gewährt werden.

Zugesagt werde er für zwei Jahre. Eine Weitergewährung sei auch von der Frage abhängig, in welcher Höhe vom Bund Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden. Der Stundenlohn für Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante liege bei 7,- €/7,50 €.

Die Frage Herrn Schmidts, ob und wie viele junge Menschen eine Ausbildung abgeschlossen haben, dann aber nicht übernommen wurden oder die Probezeit nicht überstanden, könne er derzeit nicht beantworten. Er werde aber versuchen, Zahlen dazu zu liefern. Insgesamt seien im Zuständigkeitsbereich der K-A-S Rhein-Berg 250 junge Menschen nach Abschluss ihrer Berufsausbildung arbeitslos. Das Problem sei seit Jahren bekannt. Für diese Klientel stehen unterschiedliche Maßnahmen zur Verfügung. Dazu gehören individuell zugeschnittene Trainingmaßnahmen, Fort- und Weiterbildungen oder Coaching. Die Arbeit im Einzelfall sei wegen der Frustration intensiv.

Eine weitere Differenzierung sei wegen der zur Verfügung stehenden Daten schwierig. Im Zusammenhang mit der Sozialberichterstattung können weitere Überlegungen angestellt werden. Die Diskussion um das benutzte DV-Verfahren setze er als bekannt voraus. Zu den Problemen dieses Verfahrens gehöre auch die Auswertbarkeit. Eine Differenzierung nach Ortsteilen sei derzeit nicht möglich. Allenfalls sei in Einzelfragen eine Auswertung nach Postleitzahlen möglich; dies sei für den Bedarf aber zu grob.

Frau Schöttler-Fuchs berichtet über ihre Erfahrungen mit Arbeitsgelegenheiten.

Herr Schulte beantwortet ihre Fragen dahingehend, dass die Zuordnung aufgrund der Einschätzung durch den Fallmanager erfolge. Die Bewertung der Arbeitsmarktnähe erfolge nach festgelegten Kriterien.

Zur Frage nach konkreten Maßnahmen verweist Herr Schulte auf eine Verfügung des zuständigen Bundesministeriums vom Frühjahr diesen Jahres, wonach sog. „weitere Leistungen“ nicht mehr finanziert werden dürfen.

Dahinter verberge sich, dass eine bestimmte Refinanzierungsstruktur untersagt wurde.

Aus dieser Struktur wurden verschiedene Projekte, u. a. das Projekt „Arbeiten und Lernen“, finanziert. Diese Maßnahme musste beendet werden. Mit der Agentur wurde für das zweite Halbjahr geregelt, dass das Nachholen des Hauptschulabschlusses über SGB III finanziert wird. Jeder potentielle Einzelfall wurde im Hinblick auf diese Lösung geprüft.

Unter diese Finanzierungsmöglichkeit fallen auch Jugendwerkstatt, Jugendberatung und das Radwerk. Derzeit werden Lösungsmöglichkeiten für das nächste Jahr untersucht. Die Maßnahmen würden aufgelistet und dem Vortrag beigefügt.

Bei den Arbeitsgelegenheiten gebe es keine Überstunden. Die 30-Stunden-Grenze wurde bewusst so gewählt, damit noch genügend Energie und Zeit zur Verfügung stehen, sich weiterzuentwickeln.

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich für den Vortrag.

8 Erster Sachstandsbericht Integrationskonzept

Frau Bendig (CDU-Fraktion) kritisiert auf Seite 19 der Einladung die Formulierung „Wir wollen aus der Geschichte, insbesondere aus dem Holocaust, für die Zukunft lernen“. Der Begriff „Holocaust“ meine die Verfolgung der Juden in Deutschland im 3. Reich. Bei den Opfern handelte es sich um Deutsche jüdischen Glaubens, die völlig integriert waren. Alles, was heute mit Integrationskonzepten erreicht werden soll, traf auf diese Gruppe überhaupt nicht zu. Insofern sei dieser Satz historisch völlig falsch und solle gestrichen werden.

Herr Dr. Kassner verweist darauf, dass sich die Arbeitskreise „Bildung“ und „Sprache“ vereint hätten.

Obwohl er davon ausgehe, dass die Zusammensetzung der Lenkungsgruppe den Fraktionen bekannt sei, hätte er sich diese Angaben unter Punkt 4 auf Seite 16 gewünscht.

Herr Dr. Kassner erinnert an Ausführungen, wonach quer durch die ausgewählten Themen ein Vergleich zwischen Gesamtbevölkerung und der Migrantenbevölkerung gezogen werden. Dies sei sehr schwer zu quantifizieren. Aus der Bevölkerungsstatistik sei eindeutig festzustellen, welche Ausländer hier leben. Über einen Migrationshintergrund gebe diese Statistik keine Auskunft, was auch richtig sei. Dem Vortrag Herrn Schultes habe er entnommen, dass bis zu 40 % der Bevölkerung ausländischer Herkunft sei oder über einen Migrationshintergrund verfüge.

Im Integrationskonzept vermisse er eine Definition der Zielgruppe.

Integration als kommunale Aufgabe sei wichtig. Leider wird nicht ausgeführt, was unter „interkultureller Arbeit“ zu verstehen ist. Dies könne aber noch in der zuständigen Arbeitsgruppe festgelegt werden.

Es sei auch richtig, Menschen zum toleranten Zusammenleben zu befähigen. Herr Dr. Kassner sieht als eigentliches Problem diejenigen, die sich nicht integrieren lassen wollen. Im Workshop im September hätten keine Türken teilgenommen; die ausländischen Teilnehmer hätten auf ihn den Eindruck gemacht, schon integriert zu sein.

Keine staatliche Organisation könne es sich leisten, die in Migranten ruhenden Potentiale nicht zu nutzen. Als wichtige Zielsetzung der Integration müsse vermieden werden, dass Migranten in dauerhaften Sozialleistungsbezug abgleiten.

Herr Dr. Kassner schließt sich Frau Bendigs Forderung an, auf den Hinweis zum Holocaust zu verzichten. Trotzdem müsse aus der Geschichte gelernt werden. Das heiße z. B., dass aus Parallelgesellschaften immer wieder Schwierigkeiten entstehen.

Wesentliches Ziel sei, dass sich alle Einwohnerinnen und Einwohner auf Deutsch in

Wort und Schrift verständigen können. Ohne Sprachkenntnisse sei keine Integration möglich. Dieser Punkt müsse stärker formuliert werden. Kinder sollen mit Beginn der Schulpflicht genug Deutsch können, um dem Unterricht folgen zu können.

Frau Schreiber (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) sieht im Beitrag Herrn Dr. Kassners die Grundlage für eine lange Diskussion. Sie schlägt eine Vertagung in eine Sitzung vor, in der dies möglicherweise als einziger Tagesordnungspunkt beraten wird.

Herr Dr. Kassner sieht seine Ausführungen als Grundlage für die weitere Arbeit der Gruppe, die sich mit dem Integrationskonzept auseinandersetzt. Er geht davon aus, dass das Integrationskonzept nach weiterer Behandlung erneut im Sozialausschuss beraten wird. Er führt weiter aus, ohne qualifizierte Bildungs- und Berufschancen sei ein Abgleiten der Migrantinnen und Migranten in die Sozialleistungssysteme zu befürchten.

Herr Galley sieht wie Frau Schreiber das Integrationskonzept als sehr wichtiges Thema an, das während der heutigen Sitzung nicht angemessen behandelt werden kann. Er hatte die Vorlage als ersten Einblick in die Ergebnisse der Arbeitsgruppe angesehen. Dafür bedanke er sich für die SPD-Fraktion.

Dem Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne er sich anschließen, bei entsprechendem Fortschritt des Konzeptes dieses als einzigen Tagesordnungspunkt des Sozialausschusses zu behandeln.

Frau Schöttler-Fuchs bestätigt, dass dies schon so angedacht gewesen sei.

Herr Hastrich verweist darauf, dass in die Lenkungsgruppe jede Fraktion ein Mitglied entsendet. Außerdem gehören die Gleichstellungsbeauftragte, der Vorsitzende des Integrationsbeirates, dessen Geschäftsführer und er selbst als Moderator der Lenkungsgruppe an. Schließlich wirkt ein Institut mit, das den gesamten Entwicklungsprozess des Integrationskonzeptes begleitet.

Aus der Einwohnermeldedatei können tatsächlich keine unmittelbaren Aussagen auf einen Migrations- oder Zuwanderungshintergrund abgeleitet werden. Die Verwaltung gehe auch aufgrund der Ergebnisse der letzten Volkszählung und des Mikrozensus davon aus, dass der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in etwa doppelt so hoch wie der Ausländeranteil ist. Nach Auffassung des statistischen Bundesamtes hat jede/r einen Migrationshintergrund, von der/dem zumindest ein Elternteil nicht in Deutschland geboren wurde. Für Bergisch Gladbach bedeute dies, dass bei einem Anteil von 9 % ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger etwa 18 – 20 % Menschen mit Migrationshintergrund leben. Bei einem Anteil von 25 % an Arbeitslosen ausländischer Nationalität sei der Anteil ausländischer Arbeitslosen deutlich überrepräsentiert. Das Verhältnis bei Menschen mit Migrationshintergrund dürfte in etwa gleich ungünstig sein.

Nach dem Verständnis der Lenkungsgruppe sind Zuwanderer und Einheimische Zielgruppe des Integrationskonzeptes. Integration wird als gegenseitige Leistung verstanden, sich miteinander in Beziehung zu setzen und aktiv zusammen zu leben. Deshalb hat sich die Lenkungsgruppe entschlossen, ein Grundlagenpapier zu erstellen, das in den Fraktionen schon vor der Erstellung des Integrationskonzeptes beraten werden sollte. Das vorliegende Papier war nicht vorrangig als Diskussionsgrundlage dieses Ausschusses gedacht, sondern gibt wieder, was interfraktionell in der Lenkungsgruppe besprochen wurde. Er verstehe unter interkultureller Arbeit nicht, dass eine Kultur eine andere dominiere. Die verschiedenen kulturellen Kontexte sollen miteinander in

Beziehung gebracht werden.

Die Frage, was mit denen passiere, die sich nicht integrieren lassen wollen, sei auf kommunaler Ebene nicht zu beantworten. Sanktionsmechanismen für Integrationsunwillige seien bundesgesetzliche Aufgabe. Bestehende Sanktionsmechanismen seien nur schwach ausgeprägt.

Sei eine Diskussion des vorliegenden Papiers beabsichtigt, bittet er wegen der schon anstehenden Tagesordnungspunkte von einer Behandlung in der nächsten Ausschusssitzung abzusehen. Für die erneute Behandlung müsse eine Arbeitsform mit einer breiteren Beteiligung gesucht werden. Der Integrations-Workshop im September habe die in ihn gestellte Erwartung hinsichtlich der Beteiligung seitens der Migranten und aus der Mitte des Rates nicht erfüllt.

Frau Schöttler-Fuchs knüpft an die Aussagen von Herrn Hastrich an und richtet einen Appell an die Fraktionen, sich an den Arbeitsgruppen und besonders an der Lenkungsgruppe zu beteiligen.

Im Zusammenhang mit dem Stadtfest fand eine Veranstaltung zur Integration statt. Integration gelinge da, wo Menschen eine positive Haltung zu ihr haben. Es müssen neue Projekte und neue Ideen entwickelt werden. Zu einer Zwischenbemerkung Herrn Dr. Kassners merkt Frau Schöttler-Fuchs an, dass ein solches Konzept scheitern müsse, wenn sich die Beteiligten an nur einer Frage festbeißen. Sie sehe immer noch Möglichkeiten, auch die jetzt noch Unwilligen zu erreichen.

Herr Dr. Bernhauser greift den Geschäftsordnungsantrag Frau Schreibers auf und schlägt vor, sich dieses Themas in der übernächsten Sitzung wieder anzunehmen. Dann liege vielleicht schon ein fortgeschriebenes Konzept vor.

Frau Eberhardt begrüßt den Vorschlag, gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln. Im Bensberger Museum fand vor einigen Wochen die Veranstaltung „Bürger für Bürger“ statt. Vielleicht bestehe die Möglichkeit, im nächsten Jahr auch über das Museumsge- lände hinaus Vorhaben auch für Migranten vorzusehen.

Frau Vollmer (FDP-Fraktion) verweist auf eine Veröffentlichung im Zusammenhang mit der Integrationskonferenz am 19.06., die auch eine Teilnehmerliste enthalte.

Frau Mrziglod (Integrationsbeirat) bestätigt, dass es teilweise auf beiden Seiten am Willen zur Integration mangelt. Selbst sprachbegabte Migranten würden teilweise kein Deutsch lernen.

Herr Hastrich stellt klar, dass das Papier „Was verstehen wir unter Integration“ nicht das Integrationskonzept ist. Das Papier gibt die Sicht der Lenkungsgruppe zum Begriff der Integration wieder. Das Integrationskonzept wird sehr stark maßnahmenorientiert sein. Ausgangspunkt der derzeitigen Arbeit sei der Beschluss des Rates aus dem vergangenen Jahr, als ein Handlungsfeld die Integration zu bearbeiten. Damit verbunden ist der Auftrag, ein Konzept zu entwickeln, wie Integration gewährleistet bzw. gefördert werden kann. Vorgelegt wird ein Katalog von Vorschlägen, wie die Integrationsarbeit in Bergisch Gladbach in den nächsten Jahren ausgestaltet werden kann. Wenn die Meinung besteht, dass die Integration falsch beschrieben oder falsch akzentuiert wird, sollte die Lenkungsgruppe über abweichende Vorschläge möglichst bald informiert werden.

9 **Änderung in der Besetzung des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen**

Der Sozialausschuss fasst folgende

Beschlussempfehlung:

1. Der Rat wählt auf Vorschlag von „Die Kette e. V.“ Frau Ruth Holl anstelle von Frau Almut Wellige zum stimmberechtigten Mitglied im Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen.
2. Der Rat wählt auf Vorschlag von „Die Kette e. V.“ Frau Almut Wellige anstelle von Frau Ruth Holl zum stellvertretenden stimmberechtigten Mitglied im Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen.

10 **Anfragen der Ausschussmitglieder - öffentlicher Teil**

Frau Bendig

In diesen Tagen sollte ein Vertrag zwischen dem Progymnasium und der Stadt unterzeichnet werden. Wurde dieser Vertrag inzwischen unterzeichnet?

Herr Hastrich erklärt, die Stadt warte darauf, dass das von der Stadt unterschriebene und im Wortlaut mit dem Verein abgestimmte Exemplar unterschrieben zurückkommt. Der Rücklauf war für heute zugesagt; einen Eingang konnte er noch nicht feststellen.

Herr Galley

Während der letzten Sitzung dieses Ausschusses stellte Herr Dr. Bernhauser eine Anfrage zum Wegfall der Förderung der Arbeitslosenberatungsstelle. In der Antwort wurde ausgeführt, man bemühe sich um Alternativen vor allem auch im Hinblick auf die Mitarbeiter. Hat sich etwas getan?

Dazu erklärt Herr Dekker, das Arbeitslosenberatungszentrum wurde zum 30.09.2008 geschlossen. Die Mitarbeiterin konnte von der GL Service gGmbH übernommen werden. Dort bearbeitet sie die Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante für Neukundinnen und Neukunden.

Frau Schreiber

Ich habe eine Frage zur Streichung von Landesmitteln auch zum Thema Obdachlosigkeit. Ist Bergisch Gladbach davon betroffen? Es gibt ein Projekt in Bergisch Gladbach.

Herr Hastrich berichtet, das angesprochene Projekt wird über den Kreis abgewickelt. Auch wenn Bergisch Gladbacher Projekte betroffen seien, wirke sich dies nicht auf den Bergisch Gladbacher Haushalt unmittelbar aus.

Frau Schöttler-Fuchs schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.16 Uhr.